

Stenographischer Bericht

über die

29. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 26. Mai 1920.

Inhalt:

Abwesenheitsanzeige.

Anträge, und zwar:

1. der Abgeordneten Holzer und Genossen, betreffend die Erhebung des Gemeindeweges von St. Nikolai ob Draßling nach St. Peter am Ottersbach zur Bezirksstraße 2. Klasse;
2. der Abgeordneten Gaf, Riegler, Krenn und Genossen, betreffend Einhebung der Landesschulfondsbeiträge;
3. der Abgeordneten Wastian und Genossen hinsichtlich dringender Maßnahmen zum Schutze des heimischen Kunstbesitzes.

Auflage (Beilagen Nr. 419 bis 425).

Zuweisungen, und zwar:

1. des Antrages der Abgeordneten Holzer und Genossen, betreffend die Erhebung des Gemeindeweges von St. Nikolai ob Draßling nach St. Peter am Ottersbach zur Bezirksstraße 2. Klasse (Beilage Nr. 419),
an den Straßen- und Brückenbauausschuß;
2. des Antrages der Abgeordneten Gaf, Riegler, Krenn und Genossen, betreffend Einhebung der Landesschulfondsbeiträge (Beilage Nr. 420),
an den Finanz- und Unterrichtsausschuß;
3. des Antrages der Abgeordneten Wastian und Genossen hinsichtlich dringender Maßnahmen zum Schutze des heimischen Kunstbesitzes (Beilage Nr. 421),
an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;
4. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erlassung eines Landesgesetzes zum Schutze landwirtschaftlicher Grundstücke gegen Beschädigung durch fremde Bäume (Beilage Nr. 422),
an den Landeskulturausschuß;
5. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates über die Übernahme der Lungenheilstätten Enzenbach und Hörgas, der im Bau befindlichen Sonnenheilstätte auf der Stolzalpe bei Murau und des Er-

holungsheimes Villa „Barbara“ bei Neumarkt in das Eigentum des Landes (Beilage Nr. 423),

an den Finanz- und Gemeindevausschuß;

6. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erhöhung der Impfgeldern (Beilage Nr. 424),

an den Finanz- und Gemeindevausschuß;

7. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Systemisierung einer vierten Torwarstellung im Landes-Krankenhaus in Graz (Beilage Nr. 425),

an den Finanzausschuß.

Rücklage der Beilagen Nr. 17, 117, 122, 224 und 243.
Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Riemer, Tomaschik und Genossen, Beilage Nr. 111, betreffend die Herstellungskosten der Bezirksstraße 2. Klasse, Sankt Martin a. W.—Puchbach—Köflach, 8 Kilometer lang, des Bezirkes Voitsberg. — (Annahme des Antrages des Straßen- und Brückenbauausschusses.)

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 304, betreffend die Verlegung der Straße Gleisdorf—Sinabelkirchen vom km 25.0 bis zum km 30.4 über Kaltenbrunn—Arnwießen. — (Annahme des Antrages des Straßen- und Brückenbauausschusses.)

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 305, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Fischbach nach Unter-Diesau im Feistritztale zur Bezirksstraße. — (Annahme des Antrages des Straßen- und Brückenbauausschusses.)

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 307, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Nestelbach im Mztale durch Eichberg—Hochenegg nach Windisch-Hartmannsdorf zur Be-

zirksstraße. — (Annahme des Antrages des Straßen- und Brückenbauausschusses.)

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 309, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Haag über Waldsberg nach Trauttmansdorf zur Bezirksstraße. — (Annahme des Antrages des Straßen- und Brückenbauausschusses.)

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Ingenieur Paul, betreffend die Wahl des Abgeordneten Saloschnig in den Finanzausschuß an Stelle des erkrankten Abgeordneten Stocker. — (Annahme des Antrages.)

Anfrage der Abgeordneten Riemer, Tomaschig und Genossen an den Landeshauptmann wegen des Abganges beim Approvisionierungsamte der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg.

Anfrage der Abgeordneten Fasching und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die endgültige Übernahme der Bahnbaumaterialien in Feldbach durch die Feldbacher Bahnbaunkonzeßionäre.

Anfrage der Abgeordneten Fasching und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Übernahme der Bahnbaumaterialien in Birkfeld durch die Weizer Bahnbaunkonzeßionäre.

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Kölbl, Siegl, Lang und Genossen wegen Bedrückung der Bevölkerung in den Grenzgebieten durch jugoslawische Grenzorgane, durch den Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf.

Beantwortung von Anfragen, und zwar:
der Abgeordneten Thoma und Genossen wegen Bewirtschaftung der aus offiziellen Schlachtungen des Landes stammenden Häute,
der Abgeordneten Saringer und Genossen über die Revision des Approvisionierungsamtes Voitsberg,
der Abgeordneten Dr. Dantine und Genossen, betreffend die Gehaltsauszahlung an die Lehrerschaft,
der Abgeordneten Jaklitsch und Genossen wegen Verlegung des Steueramtes Kirchbach,
der Abgeordneten Lang und Genossen wegen Abnahme und Ausfolgung leicht verderblicher Lebensmittel durch Sicherheitsorgane und rechtzeitige Zuführung derselben zum menschlichen Genuß und
der Abgeordneten Dr. Dantine und Genossen, betreffend die Neuregelung der Rechtsschreibung, durch den Landeshauptmann im schriftlichen Wege.

(Beginn der Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten vormittags.)

Vorsitzender: Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf.

Schriftführer: Die Abgeordneten Georg Gaf, Karl Gföller und Franz Thoma.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Während der abgelaufenen Unterbrechung der Sitzungen des hohen Hauses hat sich der Finanzausschuß eingehend mit dem Landesvoranschlage befaßt. Es ist ihm trotz angestrengter Tätigkeit nicht möglich geworden, diese Arbeit abzuschließen, weshalb in den fortlaufenden Sitzungen des hohen Landtages eine neuerliche Unterbrechung wird eintreten müssen.

Herr Abgeordneter Josef Weingärtner hat sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt.

In der letzten Sitzung wurden drei Anträge überreicht, deren Drucklegung veranlaßt worden ist, und zwar:

Antrag der Abgeordneten Holzer und Genossen, betreffend die Erhebung des Gemeindeweges von St. Nikolai ob Draßling nach St. Peter am Ottersbach zur Bezirksstraße 2. Klasse.

Antrag der Abgeordneten Gaf, Riegler, Krenn und Genossen, betreffend Einhebung der Landeserschulfondsbeiträge.

Antrag der Abgeordneten Wastian und Genossen hinsichtlich dringender Maßnahmen zum Schutze des heimischen Kunstbesitzes.

Aufgelegt sind heute die Beilagen Nr. 419 bis 425.

Auf Grund des § 29 der Geschäftsordnung werden diese Beilagen zugewiesen wie folgt:

Antrag der Abgeordneten Holzer und Genossen, betreffend die Erhebung des Gemeindeweges von St. Nikolai ob Draßling nach St. Peter am Ottersbach zur Bezirksstraße 2. Klasse (Beilage Nr. 419), an den Straßen- und Brückenbauausschuß.

Antrag der Abgeordneten Gaf, Riegler, Krenn und Genossen, betreffend Einhebung der Landeserschulfondsbeiträge (Beilage Nr. 420), an den Finanz- und Unterrichtsausschuß.

Antrag der Abgeordneten Wastian und Genossen hinsichtlich dringender Maßnahmen zum Schutze des heimischen Kunstbesitzes (Beilage Nr. 421), an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erlassung eines Landesgesetzes zum Schutze landwirtschaftlicher Grundstücke gegen Beschädigung durch fremde Bäume (Beilage Nr. 422), an den Landeskulturausschuß.

Bericht des steiermärkischen Landesrates über die Übernahme der Lungenheilstätten Enzenbach und Hörgas, der im Bau befindlichen Sonnenheilstätte auf der Stolzalpe bei Murau und des Erholungsheimes Villa Barbara bei Neumarkt in das Eigentum des Landes (Beilage Nr. 423), an den Finanz- und Gemeindevorschuss.

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Erhöhung der Impfsgebühren (Beilage Nr. 424), an den Finanz- und Gemeindevorschuss.

Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Systemisierung einer vierten Torwarfstelle im Landes-Krankenhaus in Graz (Beilage Nr. 425), an den Finanzausschuss.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss hat beschlossen, die Beilagen Nr. 17, 117, 122, 224 und 243 zurückzustellen. Diese Beilagen sind als erledigt zu betrachten.

Der Finanzausschuss hat in der Sitzung am 6. Mai 1920 über Antrag des Abgeordneten Gschöller den Wunsch ausgesprochen, der Landesrat solle eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtages dahin vorbereiten, daß Petitionen unmittelbar dem Landesrate vorgelegt werden, der sie dem Landtage Bericht erstattend unterbreiten soll. Hierzu beehre ich mich zu bemerken, daß Bittschriften, die Personalangelegenheiten der Bediensteten des Landesrates betreffen, nach § 59 der Geschäftsordnung dem Landesrate zur Berichterstattung zuzuweisen sind. Die übrigen Bittschriften sind grundsätzlich an diejenigen Ausschüsse zu verweisen, die zur Vorbereitung verwandter Gegenstände eingesetzt sind. Es liegt jedoch kein Hindernis vor, diese Bittschriften zunächst dem Landesrate zur Äußerung zukommen zu lassen und sie erst sodann, mit einer schriftlichen Äußerung des Landesrates versehen, den Sonderausschüssen des Landtages zuzuweisen. Hiemit würden die derzeit sehr beträchtlichen Kosten gedruckter Berichte über jede einzelne Bittschrift vermieden und dem in Finanzausschüsse zum Ausdruck gebrachten Wunsche wohl vollkommen entsprochen sein. Es bleibt jenen Ausschüssen, denen derzeit bereits Bittschriften zugewiesen sind, unbenommen, diese in kurzem Wege zum Anschluß einer schriftlichen Äußerung des Landesrates an die Präsidialkanzlei rückzustellen.

Hat jemand hierzu etwas zu bemerken? Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiten sodann zur heutigen Tagesordnung.

Punkt 1 ist der

mündliche Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Riemer, Tomasch und Genossen, Beilage Nr. 111, betreffend die Herstellungskosten der Bezirksstraße 2. Klasse St. Martin a. W.—Puchbach—Köflach, 8 Kilometer lang, des Bezirkes Voitsberg.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Riemer.

Berichterstatter des Straßen- und Brückenbauausschusses Riemer (von der Rednerbühne): Hohe Landesversammlung! Bereits im Anfange des Jahres 1914 wurde laut Berichtes des steiermärkischen Landesausschusses, X. Landtagsperiode, II. Session, Beilage 194/1914, über die in den nächsten 10 Jahren in Aussicht stehenden Herstellungen und Umlegungen von Bezirksstraßen und über die Sicherstellung des Kredites für die überlassenen Subventionen zum Zwecke dieser Straßenbauten beraten.

Die Herstellungskosten für die Bezirksstraße zweiter Klasse St. Martin—Puchbach—Köflach, 8 Kilometer lang, im Bezirk Voitsberg, wurden mit 64.000 K festgestellt. Infolge des Krieges konnte aber diese äußerst dringende und für die Lebensbedürfnisse von St. Martin und den umliegenden Gemeinden unbedingt notwendige Straße nicht erbaut werden. Infolge der gesteigerten Arbeitslöhne und Materialpreise sind aber die damals ermittelten Herstellungskosten mit 64.000 K heute nicht mehr ausreichend, und es ist notwendig, daß neuerlich die Höhe der Erbauungskosten für diese Straße ermittelt wird. Was die Dringlichkeit anbelangt, so ist dieselbe schon damals von dem hohen Landtage anerkannt worden, allein die Bedürfnisse sind in Bezug auf die Straßenherstellung nur noch gesteigert worden.

Die gedachte Kommunikation ist eine Lebensfrage für St. Martin und die umliegenden Gemeinden, da sie durch die Schwierigkeiten der Verkehrsmittel ungenügend leiden. Wenn die Edelschrofferstraße zum Teil benützt wird, so müssen sämtliche Frachten auf der einen Seite den hohen Berg hinauf und auf der anderen Seite wieder heruntergeschafft werden. Wird der Weg über Gaisfeld benützt, so sind ebenfalls bedeutende Steigungen zu überwinden, ganz abgesehen davon, daß in beiden Fällen durch ganz bedeutende Umwege Zeit verloren geht, denn der Mehraufwand an Zeit beträgt bis zu 20 Kilometer und was derartige Zeitverluste heute bei dem Mangel an Arbeitskräften und den hohen Löhnen bedeuten, bedarf wohl keiner weiteren Begründung.

Der Straßen- und Brückenbauausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und stelle ich namens desselben folgenden Antrag (liest):

„Der Landesrat wird beauftragt, für die Teilstrecke St. Martin—Wolkartslage (Puchbach), 2·8 Kilometer lang, der Bezirksstraße II. Klasse St. Martin a. W.—Puchbach—Köslach, die Subvention flüssig zu stellen und die Durchführung in Angriff zu nehmen.“

Ich empfehle diesen Antrag dem hohen Hause zur Annahme.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Zu Punkt 2 der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Weingärtner, Steinberger, Jaklitsch und Genossen, Beilage Nr. 204, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Waldbach über St. Jakob im Walde nach Kettenegg zur Bezirksstraße,

ist Herr Abgeordneter Weingärtner Berichterstatter.

Nachdem derselbe für die heutige Sitzung entschuldigt ist, wird dieser Punkt von der Tagesordnung zurückgestellt und wir gelangen zu Punkt 3:

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 304, betreffend die Verlegung der Straße Gleisdorf—Sinabelkirchen vom Kilometer 25·0 bis zum Kilometer 30·4 über Kaltenbrunn—Arnwiesen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Fasching.

Berichterstatter des Straßen- und Brückenbauausschusses Fasching (von der Rednerbühne): Ich habe zu berichten über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend die Verlegung der Straße Gleisdorf—Sinabelkirchen vom Kilometer 25·0 bis zum Kilometer 30·4 über Kaltenbrunn—Arnwiesen.

Die Reichsstraße von Gleisdorf über Sinabelkirchen nach Fürstfeld hat zwischen den Kilometern 25·0 und 30·4 eine derartige Steigung zu überwinden, daß normal beladene Fuhrwerke stets einer Vorspann bedürfen, was den Fuhrwerksverkehr auf dieser wichtigen Straße äußerst behindert. Durch eine Verlegung derselben über Kaltenbrunn—Arnwiesen würde nicht nur die Steigung vollkommen umgangen, sondern es würden auch die beiden obigen Orte erschlossen.

Ich möchte bemerken, daß sich schon vor dem Kriege das Landesbauamt mit diesem Projekte befaßt hat, daß alles fertiggestellt war und nur infolge des hereingebrochenen Krieges die ganze Sache verschoben wurde.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an das Staatsamt für Handel und Gewerbe heranzutreten, zwecks Verlegung der Reichsstraße Gleisdorf—Sinabelkirchen zwischen den Kilometern 25·0 bis 30·4 nach Kaltenbrunn—Arnwiesen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir gelangen zu Punkt 4:

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 305, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Fischbach nach Unter-Diesau im Feistritztale zur Bezirksstraße.

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abgeordneter Fasching.

Berichterstatter des Straßen- und Brückenbauausschusses Fasching (von der Rednerbühne): Ferner habe ich zu berichten über Beilage Nr. 305, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Fischbach nach Unter-Diesau im Feistritztale als Bezirksstraße.

In der Begründung heißt es:

Fischbach und das ganze dortige Gebiet ist mit dem oberen Feistritztale nur mit einem kaum befahrbaren Fahrweg nach Unter-Diesau verbunden. Unter-Diesau erhält eine Station der zukünftigen Bahn Virksfeld—Kettenegg, weshalb der baldige Ausbau dieser Straße von großer Notwendigkeit ist.

Der Antrag des Straßen- und Brückenbauausschusses lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, mit dem Bezirksverwaltungsausschuß Virksfeld zwecks Errichtung des Fahrweges von Fischbach nach Unter-Diesau im Feistritztale als Bezirksstraße in Verhandlungen einzutreten und die Finanzierung sicherzustellen.“

Ich bitte das hohe Haus um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Punkt 5 der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 307, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Nesselbach im Alztale durch Eichberg-Hochenegg nach Windisch-Hartmannsdorf zur Bezirksstraße.

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abgeordneter Fasching.

Berichterstatter des Straßen- und Brückenbauausschusses Fasching (von der Rednerbühne): Ferner habe ich zu berichten über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Nesselbach im Alztale durch Eichberg-Hochenegg nach Windisch-Hartmannsdorf als Bezirksstraße.

In der Begründung heißt es, daß der Ausbau des obigen Fahrweges zur Bezirksstraße, der nur eine Länge von 6 Kilometern aufweist, zur Verbindung der landwirtschaftlich äußerst produktiven Täler der Alz und des Ritscheinbaches von größter Notwendigkeit ist.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, mit dem Bezirksverwaltungsausschusse Fürstenseid zwecks Errichtung des Fahrweges von Nesselbach im Alztale durch Eichberg-Hochenegg nach Windisch-Hartmannsdorf als Bezirksstraße in Verhandlungen einzutreten und die Finanzierung sicherzustellen.“

Ich bitte das hohe Haus um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 309, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Haag über Waldsberg nach Trauttmannsdorf zur Bezirksstraße.

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abgeordneter Fasching.

Berichterstatter des Straßen- und Brückenbauausschusses Fasching (von der Rednerbühne): Ferner habe ich zu berichten über die Beilage Nr. 309, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Haag über Waldsberg nach Trauttmannsdorf als Bezirksstraße.

Die Begründung lautet:

Der obige Fahrweg muß von einer ganzen Reihe von Gemeinden sowohl als Verbindungsweg mit Trauttmannsdorf als auch mit der durch Haag führenden Bezirksstraße benützt werden. Die kleinen Gemeinden Haag und Waldsberg, die für die Erhaltung dieses Weges in Betracht kommen, sind weder imstande, denselben in befahrbarem Zustande zu erhalten, noch denselben in einen Zustand zu bringen, daß derselbe vom Bezirke übernommen werden könnte, was infolge der sehr großen Inanspruchnahme unbedingt notwendig ist.

Der Antrag des Ausschusses lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, mit dem Bezirksverwaltungsausschusse Feldbach zwecks Errichtung des Fahrweges von Haag über Waldsberg durch Trauttmannsdorf als Bezirksstraße in Verhandlungen einzutreten und die Finanzierung sicherzustellen.“

Ich bitte das hohe Haus um Annahme auch dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Punkt 7 wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Berichterstatter nicht anwesend ist.

Es hat sich zu einem Dringlichkeitsantrage der Herr Abgeordnete Ing. Paul gemeldet. Ich bitte, den Antrag zu stellen.

Abgeordneter Ing. Paul: Hohes Haus! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Beratungen im Finanzausschusse einerseits und andererseits mit Rücksicht darauf, daß der Herr Abgeordnete Stocker des christlichsozialen Landtagsklubs durch Krankheit leider verhindert ist, den Ausschusssitzungen beizuwohnen, erlaube ich mir, auf Grund der Geschäftsordnung den Antrag zu stellen, daß an Stelle des Herrn Abgeordneten Stocker der Herr Abgeordnete Saloschnigg in den Finanzausschuß entsendet werde und stelle einen diesbezüglichen Dringlichkeitsantrag.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Ich erlaube jene Herren, welche diesen Dringlichkeitsantrag unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Dringlichkeitsantrag ist genügend unterstützt. Wünscht wer das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte nunmehr jene Abgeordneten, welche dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen wollen, die Hand zu erheben.

(Die Dringlichkeit und der Antrag selbst werden ohne Wechselrede angenommen.)

Somit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Während der heutigen Sitzung wurden Anfragen eingebracht, und zwar

von den Abgeordneten Riemer, Tomaschitz und Genossen an den Landeshauptmann wegen des Abganges beim Approvisionierungsamte der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg;

von den Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend die endgültige Übernahme der Bahnbaumaterialien in Feldbach durch die Feldbacher Bahnkonzessionäre, und

von den Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend die Übernahme der Bahnbaumaterialien in Virksfeld durch die Weizer Bahnkonzessionäre.

Diese Anfragen werden nach Durchführung der erforderlichen Erhebungen beantwortet werden.

Weiters erlaube ich mir folgende Anfrage der Abgeordneten Kölbl, Siegl, Lang und Genossen wegen Bedrückung der Bevölkerung in den Grenzgebieten durch jugoslawische Grenzorgane wie folgt zu beantworten:

Die Landesregierung verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die Ereignisse im Grenzgebiete und nimmt lebhaften Anteil an dem schweren Geschehe der dortigen Bewohnerchaft, die durch die derzeitige Lage in ihrem Wirtschaftsbetriebe und ihrem nationalen Empfinden ständigen Beunruhigungen und drückenden Demütigungen ausgesetzt ist. Es war das unablässige Bemühen der Landesregierung, in jedem einzelnen Falle, der zu ihrer Kenntnis gelangte, teils durch unmittelbare Fühlungnahme mit der Landesregierung in Laibach, teils, wo dies nicht möglich war, durch Intervention der in Betracht kommenden Faktoren unserer Außenvertretung Abhilfe zu schaffen. Wenn es nun auch der steiermärkischen Landesregierung dort und da gelang, für die so hart bedrängte Bevölkerung einige Erleichterungen zu erzielen, zum Beispiel in der Frage des kleinen Grenzverkehrs, indem es mit der Landesregierung für Slowenien zu einer prinzipiellen Einigung kam, was für die Grundbesitzer an der Demarkationslinie von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß Interventionen, die auf den heute so schwierigen diplomatischen Weg gewiesen sind, oft länger als erwünscht auf einen Erfolg warten lassen, was darin seine Ursache hat, daß unsere internationale Stellung vor erfolgter Ratifikation des Friedensvertrages durch alle in Betracht kommenden Staaten noch immer eine schwierige ist.

Es ist aber zu hoffen, daß sich schon in der nächsten Zukunft unsere Stellung in der Welt so weit bessern wird, daß sich unsere Interessen mit größerem Nachdrucke und daher schöneren Erfolgen werden vertreten lassen.

Wenn, was ja nicht in allzu ferner Zeit eintreten wird, einmal die Grenze gegen unseren südlichen Nachbarn endgültig festgesetzt ist, wird sich auch in erhöhtem Maße die Möglichkeit ergeben, in allen, von Herrn Abgeordneten Pfarrer Kölbl erwähnten einschlägigen Belangen Vereinbarungen zu erzielen, die die geschilderten Vorfälle ausschließen und den Grenzbewohnern, befreit von fremder Besatzung, wieder die Gewähr bieten, ungestört und ohne Gefährdung von Leben, Gesundheit und Eigentum, ihrer gewohnten Tätigkeit nachzugehen.

Was die angeführten Fälle von Übergriffen anlangt, so wurden sie, soweit sie der Landesregierung mitgeteilt wurden, von ihr bereits in Behandlung gezogen. Bezüglich der neu angeführten Fälle werde ich sofort die nötigen Schritte einleiten, um den bedrängten Grenzbewohnern zu ihrem Rechte zu verhelfen, zu welchem Zwecke die Landesregierung mit den in Betracht kommenden Vertretern der Bevölkerung das Einvernehmen pflegen wird.

Schließlich kann ich nur die Versicherung wiederholen, daß es die Landesregierung als eine ihrer vornehmsten Aufgaben erachtet, die Pflicht des Schutzes der Grenze und ihrer Bewohner mit aller Aufmerksamkeit und allem Nachdrucke zu erfüllen.

Schriftlich beantwortet wurden folgende Anfragen:

der Abgeordneten Thoma und Genossen wegen Bewirtschaftung der aus den offiziellen Schlachtungen des Landes stammenden Häute;

der Abgeordneten Saringer und Genossen über die Revision des Approvisionierungsamtes Voitsberg;

der Abgeordneten Dr. Dantine und Genossen, betreffend die Gehaltsauszahlung an die Lehrerschaft;

der Abgeordneten Jaklitsch und Genossen wegen Verlegung des Steueramtes Kirchbach;

der Abgeordneten Lang und Genossen wegen Abnahme und Ausfolgung leicht verderblicher Lebensmittel durch Sicherheitsorgane und rechtzeitige Zuführung derselben zum menschlichen Genuß;

der Abgeordneten Dr. Dantine und Genossen, betreffend die Neuregelung der Rechtschreibung.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 8. Juni, 10 Uhr vormittags mit folgender

Tagesordnung

statt:

1. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Landtagsabgeordneten Huber, Weingärtner, Zenz, Jaklitsch, Friedl und Genossen, Beilage Nr. 287, betreffend den Bau einer Bahnlinie von St. Johann i. d. Haide—Rohr—Wörth in Steiermark nach Deutschwestungarn, und zwar Stegersbach—St. Michael—Güssing, Anschluß an die ungarische Linie Steinsamanger—Körmend—Fehring.

2. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Landtagsabgeordneten Fink, Friedl, Rieger und Genossen, Beilage Nr. 390, betreffend den Bau einer Bahnlinie Feldbach—Riegersburg nach Ilz.

3. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Peintinger, Huber und Genossen, Beilage Nr. 411, betreffend den Ausbau der Bahn Weizdorf—Pischelsdorf—Hartberg und der Zweiglinie Raindorf—Pöllau und Fortsetzung Hartberg—Oberwarf.

4. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag des Abgeordneten Hartleb und Genossen, Beilage Nr. 319, betreffend Aufnahme der Eisenbahnlinie Hüffenberg—Neumarkt, Scheifling—Oberwölz und Station St. Lambrecht—Ort St. Lambrecht—Lafnitz—Murau in das Landeseisenbahn-Bauprogramm.

5. Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Klusmann, Schreckenthal, Fasching, Hartleb, Wastian und Genossen, Beilage Nr. 391, betreffend die Errichtung einer Trassierungsabteilung in Graz zum Detailstudium der Hauptbahnlinie, welche die Landeshauptstadt Graz mit Deutschwestungarn beziehungsweise mit Kärnten als Durchzugslinie von Italien nach Ungarn verbinden sollen.

6. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 342, betreffend die Errichtung von Parallelklassen an den Volksschulen Steiermarks.

7. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über die Petition Nr. 72 der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft für Graz und Umgebung des Allgemeinen Deutschen Sprachvereines, Zweig Graz, des Alldeutschen Verbandes und des Deutschen Schriftvereines in Graz um Stellungnahme gegen die vom Staatsamte geplante Änderung der Rechtschreibung.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition Nr. 62 der Odilien-Blindenanstalt um eine außerordentliche Subvention.

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition Nr. 64 der Wilhelmine Sigmond, Volksschullehrerin i. R. in Graz, um Einreichung nach dem Befoldungsübergangsgesetze.

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition Nr. 68 des Verbandes steirischer öffentlicher Vergnügungsunternehmer, Interessenten und deren Angestellte, betreffend Entschließung und Protest in Angelegenheit der Lustbarkeitssteuer und Herabsetzung derselben.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition Nr. 69 des Vereines „Grazzer Schülerhort“ um eine Subvention.

12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 372, betreffend eine Neuregelung der Bezüge der Ärzte an den öffentlichen Krankenhäusern außer Graz.

13. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition Nr. 65 des Josef Lerner, Schulleiters i. R., um Nachsicht der Dienstzeitunterbrechung.

Wird gegen diese Tagesordnung eine Einwendung erhoben. (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall. Die Tagesordnung ist daher genehmigt.

Folgende Ausschusssitzungen wurden angemeldet: gemeinsame Sitzung des Gemeinde- und Finanzausschusses heute nachmittags um 2 Uhr im Zimmer des Gemeindeausschusses; gemeinsame Sitzung des Finanz- und Landeskulturausschusses heute nachmittags um halb 4 Uhr im Zimmer des Gemeindeausschusses.

Nachdem die Tagesordnung erledigt ist, wird die Sitzung hiemit geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten vormittags.)

Anhang.

I.

Anfrage

der Abgeordneten Riemer, Tomaschitz und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, in Angelegenheit des Abganges beim Approvisionierungsamte der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg.

Die Gefertigten haben in der Sitzung der provisorischen Landesversammlung vom 29. Jänner 1919 eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann in Angelegenheit des Abganges beim Approvisionierungsamte der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg eingebracht, welche Anfrage in der 13. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 13. März 1919 vom Herrn

Landeshauptmann beantwortet wurde. In dieser Beantwortung heißt es unter anderem wörtlich: „Da in einer Eingabe des Bezirksausschusses in Voitsberg und den mündlichen Berichten maßgebender Funktionäre aus Voitsberg die Behauptung aufgestellt wurde, daß das Approvisionierungsamt der Bezirkshauptmannschaft schwer passiv sei und der Bezirk und die Sparkasse in Voitsberg unter Umständen zu Schaden kommen könnten, hat die Landesregierung kaufmännische Sachverständige nach Voitsberg entsendet, um die Angelegenheit zu klären. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Die Landesregierung wird selbstverständlich alles in ihrem Wirkungskreise mögliche vornehmen, um allfällige aus der Sache sich ergebende Schwierigkeiten zu beseitigen.“

Tatsächlich sind nun über Auftrag der steiermärkischen Landesregierung zu Beginn des Monats März zwei sachkundige Beamte der Landeseinkaufsstelle nach Voitsberg entsendet worden, welche unter der Leitung eines Oberfinanzrates Bestände, Bücher und Geschäftsgebarung des Approvisionierungsamtes genauestens zu überprüfen und aufzunehmen hatten, um auf Grund dieser Arbeiten sodann eine entsprechende Bilanz aufzustellen.

Die Landesregierung hat damals erklärt, erst nach Abschluß dieser Arbeiten über die weiter zu treffenden Maßnahmen beschließen zu können und insbesondere in der Hinsicht, daß der Bezirk nicht zu Schaden kommt. Seitdem sind nunmehr 14 Monate vergangen, ohne daß über das Ergebnis dieser Arbeiten irgend etwas bekannt geworden wäre. Wie den Gefertigten bekannt geworden ist, haben die Überprüfungsarbeiten Ende des Monats März 1920 ihren Abschluß gefunden, und wäre es natürlich für den Bezirk Voitsberg vom größten Werte, zu wissen, welches das Ergebnis dieser Überprüfungsarbeit ist, und dies umso mehr, als erst nach Bekanntgabe der Bilanzlizenzen über die Gebarung des Approvisionierungsamtes Voitsberg aus der Ara Kordin festgestellt werden kann, welcher Art die Gebarung des Approvisionierungsamtes von diesem Zeitpunkte angefangen ist, und weil weiters erst auf Grund des Ergebnisses der erwähnten Revision die notwendigen Maßnahmen getroffen werden können, um eine Schädigung der Bezirksvertretung Voitsberg zu verhindern.

Die Gefertigten stellen daher die

Anfrage:

„1. Ist dem Herrn Landeshauptmann das Ergebnis der Revision der Geschäftsgebarung des

Approvisionierungsamtes Voitsberg aus der Ara Kordin bekannt?

2. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung zu treffen, um zu verhindern, daß der Bezirk Voitsberg aus seiner der Sparkasse Voitsberg gegenüber übernommenen Haftung für den aufgenommenen Kredit des Approvisionierungsamtes nicht zu Schaden kommt?“

Graz, am 26. Mai 1920.

J. Kiemer.

Joh. Tomaschik.

K. Zach.

K. Friedl.

Johann Gölles.

II.

Anfrage

der Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend die endgültige Übernahme der Bahnbau-materialien in Feldbach durch die Feldbacher Bahnbaukonzessionäre.

Wenn auch das Bahnbauaterial im Feldbacher Lager für den Bahnbau sozusagen reserviert ist, so ist es nicht zu vermeiden, daß teilweise Materialien anderweitig verwerfet werden. So werden z. B. vollständig ausgetrocknete, normale Eisenbahnschwellen einfach zerfägt und als Brennmaterial benützt, Grubenholz, welches für den Stollenbau äußerst notwendig ist, ist dem Wetter preisgegeben und verfault. Die maßgebenden Faktoren im Feldbacher Lager sowie bei der hiesigen Sachabrüstungsstelle sind sich nicht mehr klar bewußt, gehört dieses Baumaterial den Bahnbaukonzessionären oder nicht. Die endlosen Schreibereien und Anfragen erreichen kein positives Resultat und man droht, das gesamte Material anderweitig zu verkaufen, umso mehr, als die derzeitige Sachabrüstungsstelle sich nicht als Rechtsnachfolgerin des seinerzeitigen Kriegsministeriums fühlt.

Die Richtlinie, um das sogenannte Bauinventar endgültig seinem Zwecke zuführen zu können, wurde schon seit Wochen in folgender Weise festgesetzt: Der Ankaufspreis beträgt rund 1 Million Kronen. Das Land Steiermark übernimmt das Bauinventar gegen Stundung dieses Betrages von Seite des Staatsamtes für Finanzen und übergibt es den Bahnbaukonzessionären in Feldbach gegen Sicherstellung in Form von Prioritätenaktien oder gegen bare Rückzahlung, sobald die Finanzierung der gesamten Linie durchgeführt ist. Auf

diese Weise kann sich dann das Land dem Staate gegenüber seiner Verpflichtungen erledigen. Wie erwähnt, sind Wochen darüber verstrichen und in der Angelegenheit hat sich noch immer nicht ein positives Resultat gezeigt.

Wir fragen deshalb an:

„Ist dem Landeshauptmann der Stand der Sachlage bekannt und hat das Land die diesbezüglichen Schritte im Staatsamte für Finanzen bereits unternommen, um eine endgültige Entscheidung in raschester Zeit herbeizuführen, und ist gegenteiligen Falles der Landeshauptmann bereit, die notwendigen Verhandlungen mit dem Staatsamte für Finanzen sofort zu beginnen, um in bereits erwähnter Form die Angelegenheit rascher zu Ende zu führen?“

Graz, am 26. Mai 1920.

Fasching.

Holzer.

Rainer.

Hannes Schreckenthal.

III.

Anfrage

der Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend die Übernahme der Bahnbaumaterialien in Birkfeld durch die Weizer Bahnbaukonzessionäre.

Mitte März wurde kommissionell in Birkfeld das Bahnbauinventar, welches die Landesregierung seinerzeit beschlagnahmt hat, überprüft und nach dem Inventarverzeichnisse mit Preisangabe, das die Landesregierung (Sachabrüstung) selbst aufgestellt hat, der Wert dieser Materialien mit rund 54.000 K bestimmt.

Die Konzessionäre sind bereit, um diesen Betrag, womöglich aber um den runden Betrag von 50.000 K, weil ein großer Teil der Materialien durch Wetter und Zeit stark gelitten haben, gegen Barzahlung sofort zu übernehmen. Diese Angelegenheit drängt umsomehr, da ein sehr großer Teil der Werkzeuge äußerst reparaturbedürftig ist und bei längerer Dauer der Verhandlungen die Gefahr auftritt, daß die Fertigstellung der Reparaturen mit dem Beginne der Bauperiode nicht zusammentreffen kann. In dieser Angelegenheit wurde die Landesregierung (Sachabrüstungsstelle) im Monate März dieses Jahres ersucht, zu dem Angebote der Bahnbaukonzessionäre ehestens Stellung zu nehmen, bis heute ist aber keine Erledigung erfolgt.

Wir fragen deshalb an:

„Ist dem Landeshauptmann die unglaubliche Saumseligkeit der betreffenden Behörden in dieser Angelegenheit bekannt und hat der Herr Landeshauptmann in dieser Sache die entsprechenden Schritte bereits unternommen, um diesem bewußten oder unbewußten Hinziehen der Verhandlungen ein Ende zu bereiten? Gegenteiligen Falles ist Herr Landeshauptmann bereit, ehemöglichst in die notwendigen Verhandlungen einzutreten, um diesen haltlosen Zuständen raschestens ein Ende zu bereiten?“

Graz, am 26. Mai 1920.

Fasching.

Hannes Schreckenthal.

Holzer.

Rainer.